

N I E D E R S C H R I F T

zur 34. Sitzung der Gemeindevertretung der Legislaturperiode 2006-2011

am Mittwoch, den 31.03.2010.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Heijo Hoß (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser (ab 20.07 Uhr), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel (ab 20.20 Uhr), Christina Krantz (ab 20.06 Uhr), Manfred Möller, Hilmar Stahl, Alexander Steiß, Elisabeth Wege, Rainer Pfeffer (ab 20.06 Uhr)

SPD-Fraktion

Kurt Barth , Brunhilde Born, Doris Knobloch, Siegfried Koch, Barbara Muzzolini, Hans-Herbert Pletsch, Jürgen Rabenau, Reiner Sauer

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Ansgar Kraiker

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender), Gunter Heuser (ab 20.45 Uhr)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Hans-Heinrich Schmidt, Helle Grün, Winfried Laucht

Entschuldigt:

Von der SPD-Fraktion

Werner Knobloch, Stephan Wenz

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Reinhard Ahrens,

Fraktionslos:

Lothar Potthoff

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Volker Muth, Thomas Nuhn, Helmut Paulsen, Kurt Wenz, Reinhard Karber, Dagmar Kemmerling, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz, Karl-Heinz Kraft

Entschuldigt:

Stefan Bug (I. Beigeordneter), Otto Weimar

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Wolfshausen;
hier: geplante Ortsrandgestaltung für die durch den Bau der B 3 a "Restlückenschluss" frei werdenden Flächen
41/108/2006/2006-2011**
4. **Haushaltssatzung 2010 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm)
20/1/2010/06-11**
5. **Prüfantrag der SPD-Fraktion hinsichtlich Realisierung einer fußläufigen Verbindung zwischen den Ortsteilen Wolfshausen, Argenstein und Roth durch Errichtung einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lahn
11/8/2010/06-11**
6. **Anfragen**
7. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Heijo Hoß, eröffnete um 20.00 Uhr die Gemeindevertreterversammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Muth, die Schriftführerin, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Gäste.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde.

Von 31 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 22 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Herr Hans-Heinrich Schmidt (FBW) bezog sich auf seinen Antrag, die „Untere Bergstraße“ im OT Wenkbach als innerörtliche Durchgangsstraße einzustufen und die Anlieger der „Unteren Bergstraße“ im Zuge des Ausbaues mit 50 % Anliegergebühren zu beteiligen“ (TOP 5 der Tagesordnung) und erklärte, dass er diesen Antrag zurücknehme und als Prüfantrag an den Gemeindevorstand verstanden wissen wolle.

Dadurch, so der Vorsitzende, werde der bisherige Tagesordnungspunkt 6 (Prüfantrag der SPD-Fraktion bezüglich der fußläufigen Verbindung zwischen Wolfshausen, Argenstein und Roth) TOP 5, TOP 7 (Anfragen) TOP 6 und TOP 8 (Verschiedenes) TOP 7.

Gegen die Veränderung der Tagesordnung ergaben sich keine Einwände.
2. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - a) Beschluss, dass von aktiven Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Gebühren für die Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr, soweit es nicht Versicherungsleistungen sind, nur erhoben werden, wenn der Einsatz vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde. Der GVO entscheidet im Einzelfall nach Prüfung der vorliegenden Einsatzunterlagen. Die oder der Gebührenpflichtige muss zum Zeitpunkt des Einsatzes aktives Mitglied der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Weimar (Lahn) sein.

- b) Beschluss, den Abfuhrintervall für die Entsorgung der Bio-Abfälle auch für die Monate Dezember, Januar und Februar auf 2 Wochen zu belassen.
- c) Beschluss, mit der Fa. Dörr GmbH einen Wartungsvertrag zur Wartung der raumluftechnischen Anlagen im Kindergarten Niederweimar abzuschließen. Die Kosten betragen derzeit jährlich 380,-- € + MWSt.

3. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Wolfshausen; hier: geplante Ortsrandgestaltung für die durch den Bau der B 3 a "Restlückenschluss" frei werdenden Flächen

Drucksache: 41/108/2006/2006-2011

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses, Herr Rainer Sauer, berichtete, dass die Vorsitzende der Bürgerinitiative, Frau Schmidt, unterstützt von Herrn Plitt-Geißler und Herrn Ortsvorsteher Happel, das Vorhaben sehr ausführlich vorgestellt und erläutert habe. Alle Fragen hätten beantwortet werden können. An dieser Stelle danke er im Namen des Ausschusses und der Gemeindevertretung der Initiative herzlich für ihr Engagement.

Im Ausschuss bestand der Wunsch, dass die vorliegende Formulierung verändert und in einer neuen Tischvorlage den Mitgliedern des Parlamentes rechtzeitig vorliegen solle, so Herr Sauer.

Der Vorsitzende des Ausschusses verwies noch einmal auf die Tischvorlage und erklärte, dass dort die vom Bauausschuss beschlossenen Änderungen eingearbeitet wurden, so dass die vorliegende Fassung nach Empfehlung des Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschusses beschlossen werden könne.

Beschluss:

1. Beschluss zur Aufstellung der 31. Flächennutzungsplanänderung

Die Gemeindevertretung beschließt,

- a) den rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weimar (Lahn) im Ortsteil Wolfshausen „Im Rinzzell“ zu ändern.

Die 31. Flächennutzungsplanänderung sieht für den durch den „Restlückenschluss der Bundesstraße B3“ frei werdenden Bereich am westlichen Ortsrand von Wolfshausen folgende Änderung der Planung vor:

Im bestehenden Flächennutzungsplan sind die Flächen als „Fläche für die Landwirtschaft“ sowie Straße (alter B3-Verlauf) dargestellt.

Der Flächennutzungsplan wird dahingehend geändert, dass auf dem nördlichen Ausläufer der Fläche zwischen Zufahrtsstraße und B 3 eine gewerbliche Baufläche dargestellt wird. Der mittlere Bereich des Planungsgebietes wird für Gemeindebedarfsanlagen vorgehalten: ein Multifunktionsplatz, eine Schutzhütte und ein Gebäude für die Feuerwehr.

Der südliche Ausläufer wird als öffentliche Grünfläche für Spiel und Sport dargestellt.

Der räumliche Geltungsbereich ist in der beigefügten Übersichtskarte, die Bestandteil des Beschlusses wird, dargestellt.

Der Beschluss wird öffentlich bekannt gemacht.

- b) Die unter a) beschlossene 31. Flächennutzungsplanänderung im Ortsteil Wolfshausen „Im Rinnzell“ ist im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung öffentlich auszulegen und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbargemeinden durchzuführen.

2. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 12.4 „Im Rinnzell“, Ortsteil Wolfshausen

Die Gemeindevertretung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB, für den durch den „Restlückenschluss der Bundesstraße 3“ frei werdenden Bereich am westlichen Ortsrand von Wolfshausen einen Bebauungsplan aufzustellen.

Für das Gebiet werden folgende Planungsziele angestrebt:

Der nördliche Ausläufer der Fläche zwischen Zufahrtsstraße und B 3 soll als Gewerbegebiet ausgewiesen werden. Um eine Erschließung des Gewerbegebietes über die neue Zufahrtsstraße zu ermöglichen, wird entlang dieser Straße zum Gewerbegebiet hin eine Verkehrsfläche „Gehweg“ festgesetzt. Die Anlage des Gehweges ist Voraussetzung für einen Ortsdurchfahrtscharakter der Zufahrtsstraße. Ohne diesen wäre zum einen eine Erschließung des Gewerbegebietes über die Zufahrtsstraße nicht möglich, zum anderen müsste eine 20 m breite Bauverbotszone eingehalten werden, was eine bauliche Nutzung des zukünftigen Gewerbegebietes unmöglich machen würde.

Der mittlere Bereich des Planungsgebietes soll für Gemeinbedarfsanlagen ausgewiesen werden – einen Multifunktionsplatz, eine Schutzhütte und ein Gebäude für die Feuerwehr.

Der südliche Ausläufer soll als öffentliche Grünfläche für Spiel und Sport festgesetzt werden.

Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zur Beteiligung der Bürger nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB soll durchgeführt werden, wenn die Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange der Nachbargemeinden zur Flächennutzungsplanänderung vorliegen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

4. Haushaltssatzung 2010 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) Drucksache: 20/1/2010/06-11

Es berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Steiß, dass die Beratungen des Ausschusses aufbauten auf die Ergebnisse der Ausschusssitzung vom 03.03.2010 und der inzwischen eingearbeiteten

Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 11.03.2010.

Im Ausschuss habe es zwei Anträge gegeben, die im § 7 der Haushaltssatzung genannten Beträge auf die ursprüngliche Höhe zurückzustellen, sprich sie zu verdoppeln. Dieser Antrag sei vom Ausschuss abgelehnt worden.

Der weitere Antrag, die aus dem Stellenplan herausgestrichenen zwei Vollzeitstellen in der Verwaltung und zwei Vollzeitstellen im Bereich des Bauhofes wieder in den Stellenplan hineinzunehmen, sei ebenfalls im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden.

Der Ausschuss empfehle daher der Gemeindevertretung, den im Ausschuss nicht mehr veränderten Entwurf der Haushaltssatzung 2010 mit seinen Bestandteilen Gesamthaushalt, Teilhaushalt, Stellenplan, Investitionsprogramm und dem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes zu beschließen.

Bürgermeister Muth erklärte, dass er im Namen des Gemeindevorstandes den veränderten Entwurf des Haushaltes zur Beschlussfassung vorlegen müsse. Es sei ihm allerdings wichtig, dass die Mitglieder des Parlamentes vor Beschlussfassung noch Informationen erhielten.

Bezüglich des Stellenplanes führte Bürgermeister Muth im Hinblick auf die zwei im Bereich des Bauhofes gestrichenen Stellen aus, dass sich hier ca. 750 Überstunden angehäuften hätten. Darüber hinaus seien in 2009 652 Fehltag, in 2008 666 und in 2007 533 Fehltag zu verzeichnen gewesen. Dies müsse man in Relation setzen zu den Soll-Tagen, die in 2009 bei 3203, 2008 bei 2786 und 2007 bei 2405 gelegen hätten.

Bürgermeister Muth führte weiter aus, dass die Sachkonten von der Verwaltung, entsprechend seiner Zusage, um 10 % gekürzt wurden. Insgesamt seien es 530 Änderungen gewesen, die eingearbeitet werden mussten. Bei einigen Sachkonten sei auf eine Veränderung verzichtet worden, da bereits Ausgaben in Höhe des ursprünglichen Ansatzes geleistet werden mussten (z. B. Aufwandsentschädigung, Gebäude- und Kfz-Versicherung, Beamten-Krankenversicherung, Datenübertragungskosten).

Die Aufwendungen der Sach – und Dienstleistungen hätten sich daraufhin im Ergebnis um den Betrag von 31.340 € reduziert. Diese Reduzierung werde allerdings durch den Mehraufwand egalisiert. Durch die Anpassungen bei den Personalaufwendungen seien ca. 70.000 € Personalkosten reduziert worden.

Das Haushaltssicherungskonzept sei entsprechend den Wünschen des Parlamentes angepasst worden.

Im Ergebnishaushalt sei das ordentliche Ergebnis mit dem Gesamtbetrag der Erträge festgestellt auf 8.050.500 €, Gesamtbetrag der Aufwendungen mit 9.289.190 € festgestellt. Im Finanzhaushalt sei der Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit summiert auf minus 687.100 €, der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten auf 1.580.650 €, die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten belaufen sich auf minus 1.773.500 €. Die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit sind auf 182.850 € und die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit belaufen sich auf minus 420.900 €. Der Finanzmittelfehlbedarf belaufe sich damit auf minus 1.108.000 €. Der

vorherige Fehlbedarf habe bei minus 1.209.400 € gelegen. Der Gesamtbetrag der Kredite bleibe unverändert bei 182.850 €. Verpflichtungsermächtigungen seien nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite betrage 1.250.000 €.

Die Steuersätze bleiben unverändert für Grundsteuer A und B bei 275 %, für Gewerbesteuer bei 310 %.

Im § 7 der Haushaltssatzung seien im Ergebnishaushalt die Beträge wie folgt verändert:

Überplanmäßige Aufwendungen 10.000 €, außerplanmäßige Aufwendungen 5.000 €, überplanmäßige Auszahlungen 20.000 € und außerplanmäßige Auszahlungen 10.000 €.

Bürgermeister Muth wies darauf hin, dass bei Beschlussfassung dieser halbierten Beträge im § 7 sicherlich eine Reihe von zusätzlichen Sitzungen der Gemeindevertretung notwendig würden.

Aus den vorliegenden Zahlen ergebe sich eine Kreditaufnahme von 182.500 € und eine Tilgung von 420.900 €.

Bürgermeister Muth berichtete weiter, dass der Gemeindevorstand dem veränderten Haushaltssicherungskonzept mehrheitlich zugestimmt habe. Dadurch verändern sich auf der Seite 5, Position 6. Hier seien die Aufwendungen im Ergebnishaushalt zu korrigieren auf bisher 9.390.630 € auf nunmehr 9.289.190 €. Damit verändere sich das Konsolidierungsziel von minus 1.187.854 € auf nunmehr minus 1.086.414 €.

Herr Kurt Barth (SPD) führte aus, dass seine Fraktion Probleme mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf habe. Seine Fraktion hätte es als nicht nötig erachtet, die Kürzungen im § 7 der Haushaltssatzung vorzunehmen, da man davon ausgehe, dass der Gemeindevorstand sich auch ohne die Fixierung daran gehalten hätte.

An dieser Stelle wolle er es nicht versäumen, den Mitarbeitern der Verwaltung für die kurzfristige Einarbeitung der Veränderung zu danken. Es stelle sich jedoch für ihn die Frage nach den hierfür entstandenen Kosten. Eventuell könne der Bürgermeister das ja in einer der nächsten Sitzungen mitteilen.

Im Hinblick auf den Stellenplan führte Herr Barth aus, dass wohl andere Kommunen festgestellt hätten, dass es sinnvoller sei, die Arbeiten im Zusammenhang mit der Doppik selbst durchzuführen, als sie in Fremdarbeit zu vergeben. Das sei der Grund dafür, dass dort Stellen ausgeschrieben wurden. Aus diesem Grunde sei auch in der eigenen Verwaltung zwei zunächst befristete Stellen eingerichtet worden. Für seine Fraktion sei es eine Dummheit, diese Stellen nicht auf Dauer zu besetzen.

Im Hinblick auf die hohe Zahl der angefallenen Überstunden im Bereich des Bauhofes sehe seine Fraktion ebenfalls die Notwendigkeit der Schaffung zweier weiterer unbefristeter Stellen.

Bezüglich des Konsolidierungszieles sollte nicht der Weg beschritten werden,

Stellen im Bereich der Personalverwaltung zu streichen. Vielmehr sollte die Vergabe der Kanalnetze erfolgen. Das sei für seine Fraktion kommunale Zusammenarbeit. Darüber hinaus würde hierdurch die Höhe der Abschreibungen drastisch reduziert werden können. Eine Erhöhung der Kindergartengebühren sei sicherlich mit seiner Fraktion nicht vorzunehmen.

Er stelle den Antrag, über die Haushaltssatzung und die Anlagen separat abstimmen zu lassen.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) erklärte, dass seine Fraktion erfreut feststelle, dass nunmehr eine Einsparung von über 100.000 € erreicht wurde.

Das Haushaltssicherungskonzept sei beschlussgemäß überarbeitet und die Forderungen der Kommunalaufsicht nunmehr aufgenommen worden. Die Ursachenbeschreibungen seien noch mal um die aktuellen Zahlen ergänzt worden. Auch sei, wie es gefordert werde, ein Konsolidierungsziel fixiert worden. Seine Fraktion erwarte jetzt aufgrund der Kürze der Zeit nicht, dass alle Inhalte, z. B. in der kommunalen Zusammenarbeit, aufgenommen wurden. Ansonsten sei die tabellarische Wiedergabe sehr übersichtlich. Der Dank seiner Fraktion gehe hier an die Verwaltung für die schnelle Umsetzung der Beschlüsse. Seine Fraktion werde dem vorliegenden geänderten Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen zustimmen.

Herr Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender FDP) erklärte, dass dem Parlament nunmehr ein Haushaltsplanentwurf vorliege, wie er Wunsch und Wille des Parlamentes aus der letzten Gemeindevertreterversammlung sei. Seine Fraktion stehe der Veränderung der im § 7 genannten Beträge eher kritisch gegenüber und seine Fraktion setze hier das Vertrauen in den Gemeindevorstand, diesem auch über die höheren Beträge die Entscheidungsbefugnis zu belassen. Seine Fraktion sehe erfreut die Einarbeitung der 10-prozentigen Kürzung bei den Sachkonten, verwies jedoch auf die hiermit verbundene Arbeit und dadurch ausgelöste Kosten. Seine Fraktion werde dies auch so mittragen können. Seine Fraktion habe bereits in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung deutlich gemacht, dass man den Bedarf von zwei zusätzlichen Stellen in der Verwaltung im Bereich der Finanzabteilung sehe, jedoch auf die zwei zusätzlichen Stellen im Bereich des Bauhofes verzichten wolle.

Bezüglich des Konsolidierungskonzeptes sei aufgrund der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit ein ansehnliches Produkt erarbeitet worden. Hieraus werde deutlich, welche Aufwendungen für welche Bereiche notwendig werden und dass über das eine oder andere nachgedacht werden müsse, z. B. die Überwachung des ruhenden Verkehrs und Ordnungsbehördenbezirk.

Die Meinung seiner Fraktion zu dem vorliegenden Haushalt sei gespalten und entsprechend werde seine Fraktion abstimmen.

Herr Jürgen Rabenau (SPD) erklärte, dass er in Ergänzung der Ausführungen seines Kollegen Kurt Barth noch erklären wolle, dass seine Fraktion dem vorliegenden Konsolidierungskonzept nicht zustimmen könne. Hier seien Einsparungen, z. B. im Stellenbereich vorgesehen, die seine Fraktion nicht unterstütze. Auch das Thema Kindergartengebühren sei angesprochen worden, sicherlich seien Punkte in dem Konzept enthalten, über die man nachdenken

könne, allerdings handele es sich hier nicht um den großen Wurf. Seine Fraktion vermisse das Konzept für die Zukunft. Seine Fraktion habe den von ihr favorisierten Weg, z. B. die Veräußerung der Kanalanlagen, dargestellt. Eine andiskutierte Erhöhung der Kindergartengebühren stelle für seine Fraktion den falschen Weg dar. Gespannt sei er auf die Diskussion über die Anhebung der Bestattungsgebühren, die eventuell im nächsten Jahr das Parlament beschäftigen werde.

Die SPD-Fraktion werde der Haushaltssatzung mit ihren Bestandteilen nicht zustimmen.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90 / Die Grünen) bestätigte, dass es nach Meinung ihrer Fraktion tatsächlich nicht der „große Wurf“ sei, das habe auch in der Kürze der Zeit nicht gelingen können. Alle wüssten natürlich, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz nun endlich verabschiedet werden müsse, der große Regen sei aber hierdurch ebenfalls nicht zu erwarten. So müsse die Gemeinde eben mit dem auskommen, was ihr zur Verfügung stehe. Bezüglich der Nichterweiterung von zwei Stellen im Bereich des gemeindlichen Bauhofes erklärte Frau Schneider, dass die Arbeit, die anstehe, natürlich gemacht werden müsse. Es sei nicht redlich, so Frau Schneider, wenn der Bürgermeister in der Öffentlichkeit das so darstelle, als sei es die Schuld des Gemeindeparlamentes, wenn bestimmte Arbeiten, so z. B. die Außenanlagen am Kindergarten Niederweimar auf den Herbst verschoben werden müssten, weil das Parlament „in seiner unendlichen Güte und Weisheit“ die von ihm vorgesehenen Stellen im Bereich des gemeindlichen Bauhofes gestrichen habe.

Bürgermeister Muth erklärte, dass er das so nicht gesagt habe und forderte Frau Schneider auf, zu erklären, wann und wo diese Äußerung gefallen und protokolliert sei.

Natürlich könne sie verstehen, wenn die eine oder andere Entscheidung des Parlamentes nicht passend sei, jedoch gehöre das zu den demokratischen Spielregeln, dass die Gemeindevertretung die Haushaltssatzung beschließe und danach auch so umgesetzt werden müsse.

Ihre Fraktion danke der Verwaltung ebenfalls für die Umsetzung der Beschlüsse in der recht kurzen Zeit.

Herr Hans-Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erklärte, dass seine Fraktion dem Entwurf der vorliegenden Haushaltssatzung zustimmen werde.

Bezüglich der Halbierung der im § 7 der Haushaltssatzung genannten Beträge führte Herr Heuser aus, dass diese Beträge erst vor zwei Jahren geändert wurden und fragte, ob sich die Maßnahmen denn so inflationär entwickelt hätten, dass aufgrund von anstehenden Entscheidungen Sondersitzungen notwendig würden. Insofern könne er die Argumentation des Bürgermeisters nicht nachvollziehen. Er habe Informationen von Nachbargemeinden, bei denen die Beträge im gleichen Bereich angesiedelt seien. Das habe nichts mit unterstelltem Misstrauen zu tun, in den Jahren vor der vor zwei Jahren stattgefundenen Anhebung habe es aus ausgabetechnischen Gründen ebenfalls keine Sondersitzungen gegeben.

Auf die Ausführungen von Herrn Barth bezüglich der gut ausgebildeten

Mitarbeiter der Verwaltung führte Herr Heuser aus, dass zwei dieser Mitarbeiter, deren Ausbildung die Gemeinde ca. 50.000 € gekostet habe, nunmehr in einer anderen Kommune tätig seien, weil sie die Gemeinde nicht gehalten habe. Bezüglich des von der SPD-Fraktion favorisierten Verkaufs des Kanalnetzes führte Herr Heuser weiter aus, dass man beim Gebührenhaushalt, der sich in den vergangenen 15 Jahren sehr positiv dargestellt habe, sehr genau darauf achten müsse, ob man aufgrund eines Verkaufes, und damit einer Abgabe der Gebührenhoheit, sich nicht selbst schädige.

Bezüglich des Haushaltskonsolidierungskonzeptes fehle es nach Meinung seiner Fraktion an Fantasie, die schon bei der Vorlage des ersten Entwurfes hätte sichtbar sein müssen. Seine Fraktion bemängelte, dass lediglich auf der Einnahmeseite mit Gebührenerhöhungen versucht werde, das Ziel zu erreichen, ohne auf der Ausgabenseite entsprechende Maßnahmen aufzuführen.

Herr Heuser sprach danach noch mal die Ausführungen von Herrn Bürgermeister Muth aus der letzten Gemeindevertreter Sitzung an, wonach der Bürgermeister auf § 99 HGO verwiesen habe und bei der vorläufigen Haushaltsführung eine Reihe von Aufgaben nicht erledigt werden dürften. Herr Heuser erklärte, dass hier der § 114 f HGO der anzuwendende Paragraph sei, da die Gemeinde Weimar die doppische Haushaltsführung anwende.

Herr Steiß als Vorsitzender des Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschusses ergänzte noch zu seinen Ausführungen, dass im Haushaltskonsolidierungskonzept unter Punkt 4 zu Beginn der Ausschusssitzung von Bürgermeister Muth die beiden geänderten Punkte dargestellt wurden. Diese beiden Änderungen umfassten ebenfalls den Beschlussvorschlag des Ausschusses.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Hoß, erinnerte daran, dass der Antrag auf Einzelabstimmung der Haushaltssatzung und seiner Bestandteile gestellt wurde. Er werde Einzelbeschlüsse fassen lassen, zum Schluss müsse jedoch noch mal ein Gesamtbeschluss gefasst werden.

Beschluss:

- a) Die Gemeindevertretung beschließt den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

- b) Stellenplan.
Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf des vorliegenden Stellenplanes

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

- c) Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf des vorliegenden Investitionsprogramms

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen

- d) Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf des vorliegenden

Haushaltssicherungskonzeptes

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Gesamtbeschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf der vorliegenden Haushaltssatzung 2010 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm).

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen

5. Prüfantrag der SPD-Fraktion hinsichtlich Realisierung einer fußläufigen Verbindung zwischen den Ortsteilen Wolfshausen, Argenstein und Roth durch Errichtung einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lahn

Drucksache: 11/9/2010/06-11

Herr Siegfried Koch stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Errichtung einer Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lahn zwischen den Ortsteilen Wolfshausen, Argenstein und Roth zu realisieren ist.

Begründung:

Im Zuge der in Folge des Lückenschlusses der B3 erfolgten Änderung hinsichtlich der Anbindung des Ortsteiles Wolfshausen an das Gemeindegebiet wird deutlich, dass auf eine geeignete fußläufige Verbindung vom Ortsteil Wolfshausen ausgehend zum übrigen Gemeindegebiet im Planfeststellungsverfahren verzichtet wurde. Als einzige Verbindung ist oberhalb der noch zu errichtenden Berme zwischen Wolfshausen und Argenstein ein geschotteter Weg mit erheblichem Gefäll- bzw. Steigungsabschnitt für die Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Diese Lösung wurde seinerzeit in der Gemeindevertreterversammlung vom 08.11.2007 als unzureichend erachtet und unter Verzicht auf die Errichtung der Berme eine Radwegeverbindung im Lahntal zwischen Wolfshausen und Argenstein gefordert. Der gemeindliche Beschluss wurde seitens des ASV abgelehnt, so dass als einzige Verbindung der genannte Weg oberhalb der Berme verbleibt, der gleichzeitig als Holzabfuhrweg genutzt werden soll.

Die SPD-Fraktion erachtet es daher als zielführend, eine Verbindung über die Lahn und damit eine Verbindung an den Radweg zwischen Roth und Argenstein mittels einer Brücke einzurichten.

Die Anbindung des Ortsteiles Wolfshausen an das bestehende übergemeindliche Radwegenetz wäre hiermit ebenso möglich, ganz im Sinne einer gesamtheitlichen touristischen Infrastruktur.

Der Gemeindevorstand soll insbesondere prüfen, inwieweit Fördermittel zur Realisierung des Projektes beantragt werden können.

Herr Hans-Jakob Heuser stellte den Antrag auf Überweisung und Prüfung durch den Gemeindevorstand.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung und Prüfung an den Gemeindevorstand zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Anfragen

Es lagen weder schriftliche noch mündliche Anfragen vor.

7. Verschiedenes

Der Vorsitzende gab folgende Termine bekannt:

- a) 11.04.2010 Übergabe des neuen Feuerwehrfahrzeuges Wolfshausen
- b) Die voraussichtlich nächste Sitzungsrunde der Gemeindevertretung sei wie folgt vorgesehen:

26.04.2010 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport;

27.04.2010 Bau-, Planungs- und Umweltschutzausschuss;

28.04.2010 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss;

06.05.2010 Gemeindevertretung.

Der Vorsitzende:

(Heijo Hoß)

Die Schriftführerin:

(Rita Rohrbach)